

International



UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon bei der Gründungsfeier in Wien. Foto: Reuters

Religiöses Projekt unter Verdacht

Saudi Arabien hat in Wien ein umstrittenes Zentrum für den interreligiösen Dialog eröffnet.

Von Bernhard Odehnal, Wien

Das prachtvolle Palais, das den Vertretern der Weltreligionen künftig als Büro und Residenz dienen soll, wird noch renoviert. Doch die Gründungsfeier fand ohnehin in noch noblerem Rahmen statt: Gestern Abend eröffnete UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon in der Wiener Hofburg gemeinsam mit Prominenz aus Politik und Kirchen das «internationale König-Abdallah-bin-Abdullah-Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog» (KAICIID). Der greise saudische König Abdallah hatte die Gründung eines interreligiösen Zentrums zum ersten Mal bei seinem Besuch im Vatikan 2007 vorgeschlagen. Die österreichische Regierung bot Wien als Sitz des Zentrums an, die Saudis konnten für den relativ günstigen Preis von 13 Millionen Euro ein Palais an der Wiener Ringstrasse erwerben.

Das Abdallah-Zentrum hat den Status einer internationalen Organisation - gegründet wurde es von den drei Staaten Österreich, Spanien und Saudi Arabien. Der Vatikan hat Beobachterstatus. Über die inhaltliche Arbeit entscheidet ein neunköpfiges Direktorium mit Vertretern der Weltreligionen: Je ein Direktor vertritt die katholische, die anglikanische und die orthodoxe Kirche, den sunnitischen, den schiitischen Islam, den saudiarabischen Wahabismus, das Judentum, den Buddhismus und den Hinduismus. Generalsekretär ist der ehemalige saudische Erziehungsminister Faisal Abdulrahman bin Muammar, seine Stellvertreterin die ehemalige Richterin und österreichische Justizministerin Claudia Bandion-Ortner.

Als sein strategisches Ziel definiert das Zentrum die Förderung des gegenseitigen Respekts und des Dialogs «zwischen den diversen Gruppen». Die Betreiber bezeichnen ihre Arbeit als «wirtschaftlich und politisch unabhängig», was allerdings von vielen Kritikern angezweifelt wird. Denn finanziert werden das Zentrum und seine Mitarbeiter aus-

schliesslich von Saudi Arabien, laut österreichischen Medien mit 15 Millionen Euro im Jahr.

Die Kritiker des Projekts vermuten deshalb, dass Saudi Arabien in Wirklichkeit nur einen Weg suche, den Wahabismus als ultrakonservative Variante des Islams in Europa zu verbreiten. Dass mit Saudi Arabien ausgerechnet ein Staat zum Dialog aufruft, in dem es weder Religionsfreiheit noch fundamentale Menschenrechte für Frauen und sexuelle Minderheiten gibt, empfinden sie als zynisch. Ebenso heftig wird die Unterstützung der Saudis durch die österreichische Regierung kritisiert: Dass der Status als internationale Organisation das Abdallah-Zentrum von der Steuerpflicht entbinde, sei nicht zu rechtfertigen. Bis jetzt würden kirchliche Dialoge, etwa die Ökumene, vor allem von privaten Vereinen getragen.

«Dubioses Sektenzentrum»

Die Wiener Homosexuellen-Initiative und die Initiative «Religion ist Privatsache» haben deshalb eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft angekündigt. Durch die Beteiligung des Staates verletze das Abdallah-Zentrum die in der österreichischen Verfassung festgelegte Trennung von Religion und Staat. Ausserdem sei der wahre Zweck des Zentrums nicht der Dialog, sondern die Förderung der Religion. Auch die grüne Partei protestierte mit einer Mahnwache gegen das Zentrum, ebenso wie eine Initiative liberaler Muslime, die das Projekt als «dubioses wahabistisches Sektenzentrum» bezeichnet. Die Grünen stimmten ebenso wie die rechtspopulistische FPÖ im Parlament gegen das Zentrum.

Die Befürworter entgegneten, dass die Saudis den Willen zu Reformen zeigten. Allerdings sagte selbst der jüdische Vertreter im Direktorium, Rabbi David Rosen, in der Wiener Zeitung «Der Standard», dass er nach wie vor skeptisch sei: Dass die Initiative echt sei, «müssen wir erst beweisen».

Nachrichten

Syrien Stellungen nahe der Grenze zur Türkei angegriffen

Die syrische Luftwaffe hat gestern nach Angaben der Opposition ein Hauptquartier der Rebellen an der Grenze zur Türkei angegriffen. Die Jets hätten aber ihr Ziel verfehlt, sagten Vertreter der Opposition. Der zentrale Stützpunkt der Freien Syrischen Armee befindet sich in der Region in einem Schulgebäude. Zwei Flugzeuge seien eine Stunde lang über das Gebiet hinweggeflogen, in das auch ein türkisches Kampfflugzeug entsendet worden sei. (Reuters)

Nahost Yassir Arafat wird wegen Giftmordverdachts exhumiert

Acht Jahre nach seinem Tod soll heute Dienstag in Ramallah im Westjordanland die Leiche des ehemaligen Palästinenserpräsidenten Yassir Arafat exhumiert

werden. Damit will man klären, ob der 75-jährige einem Giftmord zum Opfer gefallen ist. Nach der Öffnung des Grabes wollen Experten aus Frankreich, der Schweiz und Russland den sterblichen Überresten Proben entnehmen. Arafat soll kurz darauf wieder in dem Mausoleum bestattet werden. Alles wird sich nach Angaben aus Ramallah streng abgeschirmt vor der Öffentlichkeit und den Medien abspielen. (SDA)

Norwegen Polizei entschuldigt sich für Deportation von Juden

70 Jahre nach der Deportation norwegischer Juden in deutsche Konzentrationslager hat sich die Polizei in Oslo erstmals für ihre aktive Beteiligung am Holocaust entschuldigt. Am 26. November 1942 waren 532 Juden aus Norwegen in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau transportiert worden. Nur 34 von ihnen überlebten. (SDA)

Staatskrise in Ägypten

«Eine islamistische Di

Präsident Mursi wolle einen autoritären Staat, sagt die Soziologin Ma

Mit Mariz Tadros sprach Luciano Ferrari

Ägyptens Präsident Mursi hat erklärt, dass die Entmachtung der Justiz nur «vorübergehend» gelten soll. Ist er auf dem Rückzug? Hat ihn die heftige Reaktion der Richter und der Opposition beeindruckt?

Ich bin sehr skeptisch. Aus historischer Erfahrung wissen wir, dass autoritäre Regimes ihre repressiven Massnahmen oft als provisorisch und zeitlich befristet ankündigen, die Erlasse später aber nie wieder zurücknehmen. Zudem ist es nicht das erste Mal, dass Präsident Mursi in die Kompetenz der Justiz eingreift. Als das oberste Gericht verfügte, das Parlament sei wegen technischer Unregelmässigkeiten im Wahlgesetz verfassungswidrig, stellte er das Urteil öffentlich infrage. Ein einmaliger Vorgang: Selbst unter dem gestürzten Präsidenten Hosni Mubarak hatte das oberste Verfassungsgericht seine Autonomie gewahrt.

Zeugt seine Gesprächsbereitschaft nicht von der Einsicht, dass er zu weit gegangen ist?

Nein, seit der Amtseinstellung von Mursi haben wir in Ägypten eine zunehmende Monopolisierung der Macht in den Händen des Präsidenten gesehen sowie eine Ausweitung der Macht der Regierung. Wenn Mursi jetzt Verhandlungsbereitschaft signalisiert, dann nur, um Zeit zu gewinnen. Die Muslimbrüder streben einen autoritären Staat an.

Weshalb versucht er gerade jetzt, die Gewaltenteilung aufzuheben?

Vordergründig hängt es mit dem grossen aussenpolitischen Erfolg zusammen, den der Präsident bei der Vermittlung der Waffenruhe zwischen Israel und den Palästinensern im Gazakonflikt verbuchen konnte. Dafür erhielt er selbst von der US-Regierung Applaus. Das hat ihn wohl dazu verleitet, innenpolitisch seine Muskeln spielen zu lassen. Der tiefere Grund liegt aber wohl darin, dass in Ägypten der Widerstand gegen Mursi in den letzten Wochen und Monaten stark gewachsen ist. Der aussenpolitische Erfolg gab ihm sozusagen Rückendeckung, um gegen diesen Protest vorzugehen.

In Ägypten gibt es Gerüchte, die USA hätten Mursi innenpolitisch freie Hand gelassen. Das sei der Preis gewesen für seine Vermittlung im Gazastreit. Ist das glaubhaft?

Es ist offensichtlich, dass der Westen in der Palästinafrage sein Vertrauen von der Fatah-geführten Regierung im Westjordanland auf die Hamas übertragen hat. Diese Gruppierung ist eine Abspaltung der ägyptischen Muslimbrüder. Die US-Regierung scheint deshalb zu glauben, dass es politisch hilfreich ist, ein gutes Verhältnis zur ägyptischen Führung zu haben, da diese grossen Einfluss auf die Hamas hat.

Und deshalb nimmt der Westen die antidemokratischen Vorstösse der ägyptischen Regierung hin?

Ein zweiter Grund für die nachgiebige Haltung gegenüber den Muslimbrüdern liegt wohl darin, dass gewisse westliche Politiker und Experten die Bildung eines «sunnitischen Blocks» im Nahen Osten befürworten - also eine Reihe von islamistischen Regierungen in Tunesien, Ägypten oder Gaza -, die ein Gegengewicht zum «schiitischen-iranischen Block» bilden können. Allerdings wissen wir aus der Geschichte, dass solche Zweckbündnisse, die sich aus der momentanen Übereinstimmung aussenpolitischer Interessen ergeben, keine Dauer haben. Erinnern wir uns an die unheilige Allianz der USA in Afghanistan mit den Taliban gegen die sowjetischen Invasoren. Viele politische Aktivisten in Ägypten sind jedenfalls überzeugt, dass die USA Mursi aus aussenpolitischen Überlegungen stützen und deshalb auch bereit sind, Menschenrechtsverletzungen zu ignorieren.

Wie gross ist die Gefahr, dass das Militär eingreift?

Sie ist klein: Zum einen gab es schon immer einen starken Kern in der Armee, der mit den Muslimbrüdern sympathisierte. Zum anderen haben die Muslimbrüder in der Zwischenzeit wichtige Posten in der Armee mit ihren Anhängern besetzt.

Aber Mursi hat sich noch im August auch mit der Armeespitze angelegt?

Die Absetzung von Mohammed Hussein Tantawi als Vorsitzendem des obersten Militärrats wurde falsch interpretiert. Ich bin überzeugt, dass es bereits im Februar 2011, kurz nach der Absetzung von Mubarak, zu einem politischen Pakt zwischen dem Militär und den Muslimbrüdern gekommen ist: Danach würde die Armee die Machtergreifung der Muslimbrüder zulassen, wenn diese im Gegenzug im Parlament das Armeebudget nicht antasten und die Militärs für Menschenrechtsverletzungen nicht zur Rechenschaft ziehen würden. Genau dies geschieht auch jetzt wieder: In seiner umstrittenen Verfassungserklärung verspricht Mursi zwar, alle Verfahren gegen das alte Regime wegen Menschenrechtsverletzungen neu aufzunehmen. Aber es ist keine Rede davon, dass auch die Militärs zur Kasse gebeten werden sollen. Solange sich Mursi an diesen Pakt hält, wird die Armee stillhalten.

Wie gross ist die persönliche Macht von Präsident Mursi? Trifft er die Entscheidungen? Welche Rolle spielt seine Partei für Frieden und Gerechtigkeit? Welche die Muslimbruderschaft?

Das Entscheidungszentrum liegt im obersten Führungsgremium der Muslimbrüder. Die Hinweise dafür sind jedenfalls sehr stark: So konnte man im August beobachten, wie die Muslimbrüder ihre Basis zu Demonstrationen für den Präsidenten mobilisierten, noch bevor dessen umstrittene Dekrete bekannt gemacht wurden. Das deutet darauf hin, dass die Zentrale der Muslimbrüder sehr gut informiert ist über die politischen Absichten des Präsidenten und entsprechend gezielt ihren Unterstützungsapparat auf der Strasse einsetzen kann.

Dann sind also die Führer der Muslimbruderschaft die eigentlichen Drahtzieher?

Ja, und die Opposition kritisiert das immer stärker, weil sie eben nicht möchte, dass Ägypten vom obersten Führungsrat der Muslimbrüder regiert wird. Zu Recht übrigens, weil dadurch ein noch totalitäres Regime installiert würde, als jenes von Hosni Mubarak.

Inwiefern?

Unter Mubarak hatten wir es mit einer starken Machtkonzentration in dessen Demokratischer Nationalpartei zu tun und mit diktatorischen Machtbefugnissen beim Präsidenten. Aber in der Zivilgesellschaft gab es starke Widerstandskräfte gegen das Regime. Heute ist die Situation ganz anders: Die Muslimbrüder haben über die Moscheen und ihre Wohl-

Mariz Tadros



Die ägyptische Soziologin Mariz Tadros lehrt an der University of Sussex. Sie hat soeben ein wegweisendes Buch über die Muslimbrüder geschrieben: The Muslim Brotherhood in Contemporary Egypt, Routledge 2012. Darin untersucht sie, wie demokratiefähig die islamistische Bewegung ist. Mariz Tadros wird am Mittwoch in Zürich einen Vortrag auf Englisch halten im Rahmen der Reihe «The Future of Religious Minorities in the Middle East», die von Christian Solidarity International organisiert wird. Um 18 Uhr im Hotel Glockenhof, Sihlstrasse 31, 8001 Zürich. (If)

tätigkeitsorganisationen einen sehr viel stärkeren Rückhalt in der Zivilgesellschaft. Das bedeutet, sie können jederzeit sehr viel Unterstützung für die Einschränkung von Bürger- und Freiheitsrechten mobilisieren unter dem Vorwand, sie würden den Islam beschützen und den Präsidenten gegen die Ungläubigen verteidigen, die sich mit dem Westen gegen den Islam verbündet hätten.

Waren die Hoffnungen, die Muslimbrüder würden sich in einem demokratischen Umfeld zu einer moderaten, pluralistischen Partei reformieren, eine Illusion?

Ja, denn in der Praxis haben sich die Muslimbrüder bisher jeder Machtteilung mit anderen Parteien widersetzt, zumindest wenn es sich um nicht-islamistische Gruppierungen handelte. Bei den Salafiten haben sie hingegen überhaupt keine Berührungsängste. Zweitens drängen sie immer stärker auf eine Islamisierung der ägyptischen Politik und vor allem der Verfassung hin. Drittens zeigen sie keinerlei Hemmungen, Gewalt einzusetzen gegen jene, die anderer Meinung sind. Fazit: Es gibt weder nach aussen, noch nach innen Anzeichen, dass sich die Bewegung demokratisiert.

Wie sieht der Staat aus, den die Muslimbrüder anstreben? Und was würde in einem solchen Staat aus den Menschen-, Frauen- und Minderheitenrechten?

In seinem Wahlkampf hatte Mursi versprochen, dass die Bürgerrechte für alle, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Religion oder ihrer Herkunft garantiert würden. Er versprach, eine integrative Politik zu betreiben, die der politischen Vielfalt im Land Rechnung tragen würde. In der Praxis haben wir das genaue Gegenteil erlebt: Wir sehen mehr und mehr eine Komplizenschaft des Staats bei der Verletzung der Bürgerrechte. Das deutlichste Beispiel erleben wir im sogenannten Verfassungsrat, in dem die Islamisten eine Mehrheit von 67 Prozent haben und keinerlei Kompromissbereitschaft zeigen. Die neue Verfassung droht bei den Freiheitsrechten sogar hinter jene Mubarak zurückzufallen.

Wie äussert sich das konkret?

Nehmen Sie Artikel 2 der geltenden Verfassung: Er besagt, dass die Scharia und der Islam die Hauptquellen der Gesetzgebung sein sollen. In den vergangenen Jahrzehnten haben die Richter das so ausgelegt, dass sie «im Geist» oder «im Sinne» des Islam und der Scharia urteilen sollten. Diese Interpretation liess ihnen einen gewissen Spielraum, um etwa die Menschenrechte zu respektieren. Die Muslimbrüder und die Islamisten möchten nun einen neuen Artikel 220 einführen, der die Richter über die Prinzipien der Scharia hinaus dazu verpflichten würde, künftig auch die islamische Gesetzgebung und Gesetzauslegung zu berücksichtigen. Die Macht der Ulama, der Religions- und muslimischen Rechtsgelehrten, würde enorm wachsen. Sie könnten die Rechte der Frauen oder nichtmuslimischer Minderheiten nach islamischem Recht einschränken. Damit wäre das Land definitiv auf dem Weg zu einer islamischen Diktatur.

Wo wird das enden? Kommt es zum Bürgerkrieg?

Der arabische Frühling hat gezeigt, dass man in diesem Teil der Welt nie genau wissen kann, was als Nächstes passiert. Die Protestbewegung ist immer noch da und wird versuchen, die islamistische Regierung in Schach zu halten. Dennoch zeichnet sich immer klarer die Entwicklung hin zu einer islamistischen Diktatur ab. Damit steigt das Risiko eines Bürgerkriegs. Als vor einem Monat nicht-muslimische politische Gruppierungen auf dem Tahrir-Platz protestieren wollten, schickten die Muslimbrüder Schläger hin, um sie zu vertreiben. Wenn es zum Bürgerkrieg kommt, tragen die Muslimbrüder die Verantwortung dafür.

ktatur zeichnet sich ab»

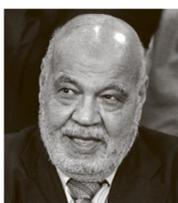
riz Tadros. Wenn er nun Gesprächsbereitschaft zeige, dann nur, um Zeit zu gewinnen.



Das oberste Führungsgremium der Muslimbrüder, dem Präsident Mohammed Mursi (Mitte) angehört, zieht in Ägypten die Fäden. Foto: Adam Ferguson (Redux, Laif)

Der fromme Vermittler

Ägyptens Justizminister Ahmed Mekki kämpfte einst für die Unabhängigkeit der Justiz. Jetzt dient er Staatschef Mursi und sucht einen Ausweg aus der Krise.



Ahmed Mekki.

Muslimbrüder; ein Sympathisant eines islamischeren Staates, aber kein Vollstrecker eines Kalifats. In der momentanen Krise hält er Mursi beste Absichten zugute. Mit seiner Verfassungserklärung habe Mursi

nur den politischen Übergang beschleunigen wollen. «Aber die Mittel, die Instrumente und die Formulierungen haben das Gegenteil bewirkt», sagt Mekki.

Wenige Tage, nachdem Mursi die Justiz entmachtete und sich selbst eine quasi-pharaonische Machtfülle verlieh, meldete das Staatsfernsehen am Sonntag: Ahmed Mekki treffe sich mit den empörten Richtern. Es war das erste Signal, dass der Präsident einen Ausweg aus der Krise sucht. Am Montag hat Mekki die ersten Hinweise auf die Möglichkeit eines Ausgleichs verkündet.

«Die Presse lügt»

Männer wie Mekki sind wichtig für Mursi, denn als reformistischer Richter verkörpert er jenen revolutionären Geist, der in Mursis Verlautbarungen zwischen so beunruhigend dogmatisch klingt. Und sein Ruf als Jurist steht über jeder Ideologie. Geboren 1941 in Alexandria, studierte er an der Universität der Hafenstadt, trat 1985 ins oberste Berufungsgericht ein und wurde 1989 Vizepräsident des Gerichts, bis Mursi ihn zum Minister ernannte. Unter all den Frommen ist er ein Gemässiger, aber kein Liberaler. Er habe davon geträumt, Haftstrafen für Journalisten abzuschaffen, sagte Mekki unlängst, aber dazu sei es noch zu früh: «Die Presse lügt.» Zur Front gegen die präsidialen Dekrete gehören auch die Journalisten.

Kompromiss-Suche in Kairo

Im Machtkampf mit der Justiz will der ägyptische Präsident den Schaden begrenzen und seine neue Machtfülle ein wenig einschränken.

Nach landesweiten Protesten mit bislang zwei Toten zeigt sich der ägyptische Präsident Mohammed Mursi um Entspannung bemüht. Vor einem Treffen mit Juristen am Montagabend gab sich Justizminister Ahmed Mekki zuversichtlich, dass sich im Streit mit den Richtern ein Kompromiss erreichen lasse. Mursi hatte zuvor erklärt, er sei überzeugt, dass sich «Gemeinsamkeiten» finden lassen. Richtervereinigungen hatten aus Protest gegen die Entmachtung zum Streik aufgerufen. Eine Lösung im Streit um die Entmachtung der Justiz könnte offenbar darin bestehen, dass Mursis Machterweiterung sich lediglich auf bestimmte Fälle bezieht.

Einen entsprechenden Hinweis gibt eine Erklärung des Obersten Justizrates, der anders als der Richterclub keine Standesvereinigung ist, sondern Kontrollinstanz für Ägyptens Juristen. Darin fordert der Rat Richter und Anwälte nicht nur auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, sondern bringt auch die Formulierung «souveräne Handlungen» ins Spiel. Diese erlauben es dem Präsidenten nach Ansicht von Nathan Brown, Politikwissenschaftler an der George Washington University, in einigen Fällen, eigenmächtig zu entscheiden: «Offenbar suggeriert der Oberste Justizrat, dass einige Passagen in Mursis Verfassungserklärung - und seine Befugnis, diese Erklärung zu erlassen -, Bestand haben, aber für andere gilt das nicht.» Mursi hatte bestimmt, dass seine bis-

herigen und künftigen Entscheidungen juristisch nicht anfechtbar sind. Da das Parlament derzeit nicht tagt, hat er damit alle drei Gewalten in seiner Hand vereint, und es bliebe de facto nur die Armee als Kontrollinstanz, deren Haltung im derzeitigen Konflikt schwer durchschaubar ist.

Selbst eine Einigung mit den Juristen würde für Mursi den Konflikt mit der Opposition noch nicht lösen. Diese hat die komplette Aufhebung der Verfassungserklärung verlangt, bevor sie einen Dialog mit Mursi auch nur erwägt. Gegen Friedensnobelpreisträger Mohammed al-Baradei und den linken Politiker Hamdin Sabbahi wurde Klage eingereicht wegen eines angeblichen Umsturzversuches mit Unterstützung ausländischer Kräfte. Der Anwalt Hamid Sediq sagte, die Zentrale der Wafd-Partei, wo die Opposition sich trifft, sei «ein Nest für zionistische Bestrebungen, Chaos zu verbreiten». Die Muslimbrüder haben sich von der Klage distanzieren. Sediq hatte 2004 behauptet, Mubarak sei tot und Ägypten werde von einem Doppeltgänger regiert.

Proteste abgesagt

Am 4. Dezember wird zudem das Verwaltungsgericht über zwölf juristische Anfechtungen von Mursis Verfassungsergänzung entscheiden. Ägypten hat derzeit nur eine Rumpfverfassung. Das neue Grundgesetz wird von einer umstrittenen Kommission entworfen. Ihren für heute Dienstag geplanten Protestmarsch haben die Muslimbrüder verschoben. Damit sollten Gewalt und Blutvergiessen verhindert werden, sagte ein Vertreter der Organisation am Montagabend. Auch die Nur-Partei, die einen noch strengeren islamischen Kurs vertritt, will nicht auf die Strasse gehen. *Sonja Zekri, Kairo*

Schweiz lässt Mursi hoffen

Der Bund würde konfiszierte Mubarak-Gelder auch einem autokratisch regierten Ägypten überweisen. Es geht um 700 Millionen Dollar.

Von Philippe Reichen

«Für die Rückzahlung blockierter Gelder ist es weniger relevant, welche Regierungsform sich in Ägypten durchsetzen wird. Wichtiger ist, dass das zurückgezählte Geld der Bevölkerung zugute kommt und nicht wieder in dunklen Kanälen verschwindet», stellt Valentin Zellweger fest, der Direktor für Internationales Recht beim EDA. Es gehe nämlich darum, mit der Rückzahlung gestohlenen Gelder vergangenes Unrecht wieder gutzumachen. «Kommt es zu einer Überweisung, ist vor allem sicherzustellen, dass die Gelder am richtigen Ort ankommen», sagt Zellweger. Dabei spielt die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) eine zentrale Rolle. Die Deza arbeitet mit Nichtregierungsorganisationen zusammen. Auch die Weltbank ist eine mögliche Partnerin.

Ruf nach Garantien

2007 hat die Schweiz einen neuen Weg eingeschlagen. Bei der Rückzahlung von 60 Millionen Franken an illegal erwirtschafteten Geldern aus Kasachstan stimmte der Bundesrat einem Staatsvertrag zu und gründete gemeinsam mit den USA, der Weltbank und Kasachstan die Stiftung Bota Foundation. Diese ist seit 2008 in der Armutsbekämpfung tätig und setzt sich unter anderem dafür ein, dass Kinder Zugang zu Medizin und Sozialhilfe haben und eine Schulbildung erhalten. Daniel Thürer, emeritierter Professor für Völkerrecht der Universität Zürich, hält das von der Schweiz gewählte Vorgehen für einen «praktikablen Weg». Selbst wenn ein Land autokratisch regiert werde, behalte die Schweiz einen Hebel in der Hand, auf den Rechtsstaat und die Volkssouveränität hinzuwirken, «befürwortet das Regime aber nicht», sagt Thürer.

Einen Leitentscheid fällte das Bundesgericht im Jahr 1999. Damals ging es um die Rückgabe der Gelder des gestürzten Diktators Ferdinand Marcos an die Philippinen. Das Gericht entschied, die Schweiz könne das Geld zurückgeben, allerdings in Tranchen. «Die philippinische Regierung musste wiederum beweisen, dass sie die im UNO-Pakt II definierten Menschenrechte einhielt», sagt Thürer. Das habe gut funktioniert. Für den Genfer Nationalrat und Aussenpolitiker Manuel Tornare (SP) ist es unabdingbar, dass die Schweiz gegenüber Ägypten demokratische Garantien einfordert. Er sagt: «Sollte sich in Ägypten tatsächlich ein Regime islamistischer Autokraten installieren, würde sich im Vergleich zur Regierung Mubarak nicht viel verändern.»

Ägyptische Justiz ist gefordert

Das EDA weist darauf hin, dass Präsident Mursis Beschluss nur bis zu den nächsten Wahlen gilt. Mursi hatte letzte Woche in einer Verfassungserklärung verfügt, dass von ihm «zum Schutz der Revolution getroffene Entscheidungen» rechtlich nicht mehr angefochten werden können. Bis die Wahlen stattfinden, dürften die juristischen Verfahren zur Rückzahlung konfiszierter ägyptischer Vermögen kaum abgeschlossen sein. Sie ziehen sich in der Regel über Jahre hin.

Die Bundesanwaltschaft kann eine entsprechende Verfügung erst dann erlassen, wenn die ägyptische Justiz den Inhaber konfiszierter Gelder rechtmässig verurteilt hat und die Schweiz die Rechtmässigkeit des Urteils anerkennt. Dabei muss nachgewiesen sein, dass das Geld illegal erwirtschaftet wurde, also in Zusammenhang mit Korruption und Diebstahl steht. Und die Schweizer Justiz verlangt vom Herkunftsstaat, die grundlegenden Verfahrensrechte der Angeschildigten zu gewährleisten. Hat die Bundesanwaltschaft eine Verfügung erlassen, können die Betroffenen beim Bundesstrafgericht und als letzte Instanz vor Bundesgericht rekurrieren. Derzeit liegen 700 Millionen Dollar aus Ägypten auf Schweizer Bankkonten.